

## **Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung**

### **öffentlicher Teil**

<b>Gremium</b>	<b>Datum</b>
Ausschuss Kunst und Kultur	23.01.2018 06.03.2018
Jugendhilfeausschuss	10.04.2018

### **Gegen jeden Antisemitismus – welche Projekte fördert Köln?**

Die Ratsgruppe Bunt bittet mit der Anfrage AN/0092/2018 um Beantwortung in der nächsten Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur:

Die Stadträte von München und Frankfurt sowie der Senat von Hamburg haben sich in den letzten Monaten intensiv mit dem Phänomen Antisemitismus auseinandergesetzt. Dabei fällt auf, dass sich in der Definition von Antisemitismus in den letzten Jahren einiges verändert hat. Heutzutage muss stärker differenziert werden in klassischen, sekundären und israelbezogenen Antisemitismus. Den unterschiedlichen Formen des Antisemitismus liegen verschiedene Motive zugrunde, denen mit passgenauen Strategien begegnet werden muss. Laut der Statistik politisch motivierte Kriminalität - Rechts (PMK-Rechts) steigt die Zahl antisemitischer Straftaten in Nordrhein-Westfalen. Der größte Teil wird dabei von rechten Straftätern und -täterinnen begangen. Allerdings kam es in den Jahren 2014 und 2017 zu antisemitischen Ausschreitungen: So wurden im Dezember 2017 auf Demonstrationen im Zusammenhang mit der geplanten Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem Israel-Flaggen oder Davidsterne angezündet.

Jüdische Gemeinden in Deutschland fühlen sich zunehmend unsicher. Der Geschäftsführer der Synagogen-Gemeinde Köln, David Klapheck, sagte in der Kölner Rundschau, dass immer mehr Eltern zu ihm kämen, deren Kinder in der Schule gemobbt würden, weil sie jüdisch seien.

In Hamburg und in Duisburg gibt es Projekte gegen Antisemitismus, die neue Ansätze und Konzepte für eine Auseinandersetzung mit historischen und gegenwärtigen Erscheinungsformen des Antisemitismus entwickeln und erproben. In Duisburg fahren z. B. im Rahmen des Projekts „Junge Muslime in Auschwitz“ zum ehemaligen KZ in Auschwitz.

### **Vor diesem Hintergrund fragen wir die Stadtverwaltung:**

1. Welche Projekte gegen Antisemitismus, die sich speziell an Jugendliche wenden, fördert die Stadt Köln?

Die Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln (ibs) hält unterschiedliche Bildungsangebote für Multiplikator/innen und Schüler/innen vor. Dabei wird das Thema Antisemitismus neben anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit thematisiert. Zudem werden bei Bedarf spezielle Workshopeinheiten konzipiert. So war bspw. das Projekt „Extreme out! - Empowerment statt Antisemitismus“ mit Lamyia Kaddor und Rabeya Müller im NS-DOK zu Besuch, um die historischen und aktuellen Erscheinungsformen von Antisemitismus zu diskutieren. Die ibs arbeitet bei dem Thema mit verschiedenen Organisationen wie der „Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit“ oder „SABRA – Servicestelle Antidiskriminie-

rungsarbeit/Beratung bei Rassismus und Antisemitismus“ zusammen. Im April 2018 wird mit diesen und anderen Kooperationspartnern ein Fachaustausch zum Thema Antisemitismus und Geflüchtete durchgeführt.

2. Gibt es in Köln ein Projekt wie in Duisburg, und wenn nicht, was spricht für oder gegen die Etablierung eines ähnlichen Projekts – z.B. in Zusammenarbeit mit dem NS-Dokumentationszentrum?

Im Projekt „Junge Muslime in Auschwitz“, das vom Gruppenleiter des Projekts „Heroes“ in Kooperation mit dem „Zentrum für Erinnerungskultur“ in der Stadt Duisburg durchgeführt wird, besuchen jährlich etwa zehn junge Muslime die Gedenkstätte Auschwitz und diskutieren über Antisemitismus, den Holocaust und den Nahost-Konflikt.

Damit wird auf aktuelle Problemlagen reagiert. Die Diskussion um Antisemitismus bei muslimisch geprägten Jugendlichen gewann mit der verstärkten Zuwanderung von Geflüchteten nach Deutschland nochmals an Dynamik. Die Annahme, dass Judenfeindlichkeit bei einem Teil der Geflüchteten weit verbreitet sei, stützt sich nicht nur auf die Tatsache, dass ein als „Antizionismus“ verkleideter Antisemitismus zur Staatspropaganda in manchen Ländern gehört. Sie beruht auf Erlebnissen von Ehren- und Hauptamtlichen in der Flüchtlingsarbeit und vor allem aber auf Erfahrungen der von Antisemitismus Betroffenen. Die Furcht vor einer Zunahme entsprechender ablehnender Haltungen und Handlungen ist ernst zu nehmen. Die Studie „Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland“ zeigt die Angst der jüdischen Bevölkerung in Deutschland, Opfer von psychischer und physischer Gewalt zu werden. Die Bundesregierung weist für die erste Jahreshälfte 2017 einen Anstieg antisemitischer Straftaten aus. Dabei seien über 90 Prozent dem Bereich Rechtsextremismus zuzuordnen. Experten wie die Mitarbeiter der zivilgesellschaftlichen „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus“ glauben, dass die Zahl der islamistisch motivierten Straftaten zu gering und die Dunkelziffer weitaus höher ist.

In der Bekämpfung des Antisemitismus und der Demokratiefeindlichkeit kommt neben anderen Maßnahmen der historisch-politischen Bildung eine Schlüsselrolle zu. Die Angebote des NS-Dokumentationszentrums bieten die Möglichkeit, im Schulunterricht wie auch in Projekten das Thema Antisemitismus in seinen historischen und aktuellen Ausprägungen aufzugreifen und mit verschiedenen Gruppen zu bearbeiten. Bundespräsident Joachim Gauck erklärte 2015: „Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz.“ Wer Teil der deutschen Gesellschaft sein will, muss sich mit den Verbrechen des Nationalsozialismus und ihren Folgen auseinandersetzen.

Die Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln greift in ihrer Arbeit nicht nur das Thema Rechtsextremismus, sondern auch Rassismus und Antisemitismus auf und entwickelt immer wieder neue Workshopinhalte. Dabei hat sie sich seit ihrer Gründung im Jahr 2008 für Schulen und andere Bildungseinrichtungen in Köln zu einem anerkannten Ansprechpartner entwickelt. Die Nachfrage ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen und droht, die Kapazitäten zu übersteigen. Insbesondere durch die neuen Herausforderungen an eine Bildungsarbeit, die durch die gesellschaftlichen Entwicklungen sich nicht mehr alleine auf ein einziges Phänomen von Demokratiefeindlichkeit beschränken kann. Vielmehr gilt es, verschiedene Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in unterschiedlichen sozialen, „kulturellen“ oder auch „ethnischen“ Milieus aufzugreifen und diese sinnvoll miteinander zu verknüpfen. Dabei spielen auch Antisemitismus oder Islamismus als demokratiefeindliche Ideologieelemente eine wesentliche Rolle.

Eine professionelle Arbeit mit einem notwendig breit aufgestellten Angebot ist jedoch alleine mit zeitlich befristeten projektgebundenen Mitteln – woraus ein Großteil der Bildungsarbeit der ibs bislang finanziert wird – nicht zu leisten. Um ein dauerhaftes und nachhaltiges Angebot für die Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Salafismus zu gewährleisten, ist eine personelle Aufstockung bei der Info- und Bildungsstelle notwendig. Dadurch kann sichergestellt werden, dass die ibs ihr Arbeitsfeld um diese Bereiche erweitern kann und noch stärker sich zu einer „Info- und Bildungsstelle für Demokratie und Gleichberechtigung – gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ entwickelt.